



Aktuelles Thema: Die Regierungsräte Christian Rathgeb (in der Mitte) und Jon Domenic Parolini (Zweiter von rechts) diskutieren mit Jungpolitikerinnen und Jungpolitikern über den Föderalismus und die Zukunft des Systems.

Bild Philipp Baer

Pandemie führt zu Stresstest für den Föderalismus

Während der Coronapandemie kam teilweise Kritik am Föderalismus auf. Zwei Bündner Regierungsräte haben mit Jungpolitikerinnen und Jungpolitikern über die Vor- und Nachteile des Systems diskutiert.

von Patrick Kuoni

Ausgerechnet während der Coronapandemie ergibt sich eine Konstellation, die es in dieser Form wohl noch nie gegeben hat. Seit etwas mehr als einem Jahr stehen sowohl die nationale als auch eine regionale Regierungskonferenz unter Bündner Vorsitz: Regierungsrat Christian Rathgeb präsidiert die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK), Regierungsrat Jon Domenic Parolini die Ostschweizer Regierungskonferenz (ORK). Diesen Anlass nutzen die beiden Bündner Regierungsräte, um Bilanz über ihr Präsidialjahr zu ziehen und sich im Schloss Maienfeld einer Podiumsdiskussion mit Jungpolitikerinnen und Jungpolitikern zu stellen.

Kritik wegen Flickenteppich

Ein Kernthema war sowohl bei der Bilanz als auch bei der Diskussion der Föderalismus, also die weitgehende Eigenständigkeit der Kantone. Diese Eigenständigkeit ist während der Coronapandemie teilweise unter Beschuss geraten. Das sieht auch Rathgeb so: «Es war teilweise von 'Kantönligkeit' die Rede oder davon, dass die Kantone die Totengräber des Föderalismus seien.» Der Grund für diese Kritik: Unter anderem im vergangenen Herbst, als die Kantone das Zepher in Sachen Coronamassnahmen erhiel-

ten, entstand ein wahrer Flickenteppich von Massnahmen. «Da die Lage in verschiedenen Kantonen völlig unterschiedlich war, hätte es wohl niemand verstanden, wenn überall die gleichen Massnahmen getroffen worden wären», verteidigte Rathgeb die damalige Situation. Verbessern müsse man aber den Austausch und die Absprache in Momenten, in denen die Situation überall ähnlich sei. Er hielt ausserdem fest, dass in einem Zentralstaat viel weniger Innovationen möglich gewesen wären. Als Beispiel nannte er die Teststrategie Graubündens und das Ampelsystem im Kanton Zug.

Rathgeb sagte aber auch: «Bei gewissen Dingen hat es sicher Sinn ge-

«Viele Schulklassen gehen in ihrer Schulzeit einmal ins Bundeshaus, vielleicht wäre es aber gerade so wichtig, dass sie auch einmal einer Grossratssession beiwohnen.»

Rahel Freiburghaus
Politologin

macht, dies national zu regeln.» So etwa die Maskenpflicht im öffentlichen Verkehr. «Aber auch gemeinsam Lösungen zu suchen, ist für mich ein Teil des Föderalismus.»

Matura als Knackpunkt

Eine solche gemeinsame Lösung fehlte etwa bei den Maturaprüfungen, wie Parolini ausführte. «Das war damals ein grosses Durcheinander, wer schriftliche Prüfungen machen und wer zu mündlichen Prüfungen antreten muss.» In jedem Kanton sei es anders gewesen, was nicht ideal gewesen sei. Es habe aber auch Situationen gegeben, in denen er froh gewesen sei, dass man auf kantonaler Ebene entscheiden konnte.

Sarah Bünther, Präsidentin der Jungen CVP Schweiz, sagte, dass dies ein gutes Beispiel für die Grenzen des Föderalismus sei. «Denn diese Ungleichheit hat gerade bei den Jungen das Verständnis für den Föderalismus nicht gestärkt, schliesslich geht es überall um den gleichen Abschluss.» Sie meinte aber auch: «Auch wenn es während dieser Pandemie Entscheide auf jeder politischen Ebene gegeben hat, die nur schwer verständlich waren, so glaube ich doch, dass wir die Pandemie als Ganzes in der Schweiz bisher nicht so schlecht gemeistert haben, gerade wegen des föderalistischen Systems.»

Ein Plädoyer für den Föderalismus hielt Roman Zehnder, Präsident der

Jungen SVP Glarus. «Die Kantone sind näher bei den Menschen, dies hat gerade diese Pandemie wieder gezeigt.» Als Beispiel nannte er die Impfungen, wo vom Bund eine Vorgabe gekommen sei, wie viele Dosen aus einem Impfstofffläschchen gezogen werden könnten. «Viele Kantone haben dann aber festgestellt, dass mit der richtigen Technik mehr Impfdosen aus einem Fläschchen gewonnen werden können und haben sich über die Vorgaben des Bundes hinweggesetzt.» Dies sei sinnvoll gewesen.

Sensibilisierung wichtig

Ein anderes Thema brachte Rahel Freiburghaus vom Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern ins Spiel. Freiburghaus referierte vor der Podiumsdiskussion zum Föderalismus und brachte dabei verschiedene Ansätze, wie das Verständnis für das Thema gesteigert werden könnte. So regte sie an, dass der Föderalismus verstärkt in Schulen thematisiert werden könnte. «Viele Schulklassen gehen in ihrer Schulzeit einmal ins Bundeshaus, vielleicht wäre es aber gerade so wichtig, dass sie auch einmal einer Grossratssession beiwohnen.»

Nötig seien diese Überlegungen, weil gerade viele Jungen sich nicht mehr so mit dem System der Eigenständigkeit der Kantone identifizieren könnten. Mit diesem Vorschlag stiess sie auf viel Zustimmung in der Podiumsrunde.

Warnsystem in der Val S-charl wird erweitert

Der Kanton Graubünden hat für das Projekt «Frühwarnsystem Val S-charl» der Gemeinde Scuol grünes Licht gegeben, wie es in einer Mitteilung heisst. Für die Realisierung des Projekts spricht der Kanton zudem einen Beitrag von maximal rund 232.000 Franken. Das Projekt sieht vor, das bestehende Frühwarnsystem zum Schutz von Murgängen zu erweitern. Dadurch soll das Risiko für den Strassenverkehr minimiert werden.

Die Val S-charl sei seit jeher von Murgängen betroffen, heisst es weiter. So hätten insbesondere Murgangereignisse im 2015 und im 2017 die Erschliessungsstrasse zwischen Scuol und S-charl über eine Strecke von rund vier Kilometer teilweise vollständig verschüttet. Daraufhin wurde im Sommer 2019 ein Frühwarnsystem installiert. Dieses besteht im Wesentlichen aus einer Meteorwarnung und zwei Strassenbarrieren beidseitig des Gefahrenbereichs, die zurzeit noch manuell geschlossen werden müssen. Mit dem Projekt soll nun vor allem eine Automatisierung dieser beiden Barrieren möglich sein, welche im Alarmfall den gefährdeten Strassenabschnitt für die Verkehrsbenuer sperrt. Zusätzlich sollen innerhalb des Gefahrenbereichs mittels Sicherheitsinseln und Warnleuchten Personen gewarnt und sichere Fluchtorte geschaffen werden. Die Gesamtkosten des Projekts belaufen sich auf rund 305.000 Franken. (paa)

Anschluss Miralago Süd wird korrigiert

Ein Projekt zur Korrektur der Berninastrasse beim Anschluss Miralago Süd am Lago di Poschiavo ist von der Bündner Regierung genehmigt worden. Dies schreibt die Ständekanzlei in einer Mitteilung. Der Strassenanschluss entspreche nicht mehr den heutigen Standards. Er sei zu schmal, was bei hohem Verkehrsaufkommen oder bei winterlichen Verhältnissen problematisch werden könne. Zudem ist der Strassenoberbau nicht frostsicher und in einem schlechten Zustand.

Insgesamt belaufen sich die Projektkosten auf rund 3,6 Millionen Franken. Laut den Verantwortlichen soll im Rahmen des Projekts unter anderem der Anschluss Miralago Süd auf rund 250 Metern ausgebaut werden. Ausserdem ist das Projekt mit dem Bau einer neuen Linksabbiegerspur verbunden und die Brücke Miralago Süd wird verbreitert. Diese führt abzweigend von der Kantonsstrasse über den Poschiavino und gehört der Gemeinde Brusio.

Die Brücke diene auch als Zufahrt zu der von der Gemeinde betriebenen Deponie Motta di Miralago, die voraussichtlich in Zukunft als Teil eines Gemeindeprojekts erweitert wird. Wie es weiter heisst, gehen die für die Verbreiterung der Brücke anfallenden Kosten in der Höhe von 800.000 Franken zulasten der Gemeinde. (paa)

13. Juni 2021

2X
JA zur
Trinkwasser- und
Pestizidinitiative



Sandra Löcher Benguerel
Nationalrätin SP



Francisca & Christian
Obrecht, Biowinzer



Gustav Ott
Hausarzt



Felix Brügger
Bauer

INSERAT